

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachel-, und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Pflaster- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hölzerer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugpreis 1.— RM. (ohne Postgeb.). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Druckes Montag früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 2 7 0 5 0 7 7 6 5 0, 7 6 5 1, 6 2 4 0. Postfach 6 5 2 2.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Minnefellen und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Senfrose. Geschäftsanfragen nach Carlshof, Werba, Berlin SW 11.

Der Silberstreifen.

In unsere notenordnete Zeit ist ein kleiner, heller Lichtstrahl gefallen. Wieder einmal so ein Silberstreifen am weltwirtschaftspolitischen Horizont, der uns schon oft erschienen ist. Diesmal haben sich „die Amerikaner“ gerührt, oder genauer gesagt, ein Amerikaner, hinter dem allerdings mächtige Bankengruppen stehen. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Herbert Hoover, hat am Sonntag, dem 21. Juni, den Vorschlag gemacht, vom 1. Juli an einen einjährigen Aufschub aller Zahlungen auf Schulden der Regierungen eintreten zu lassen. USA-Amerika, nach dem ein beträchtlicher Teil des Goldstromes aus den verschuldeten, ehemals kriegsführenden Ländern Europas geht, ist bereit, allen ihm von fremden Mächten geschuldeten Zahlungen für ein Jahr einen Aufschub zu gewähren. Chequers hat also zunächst Deutschland einen Silberfimmernenden Erfolg gebracht. Selbstverständlich, daß Hoover seinen Vorschlag nicht um der schönen Augen Deutschlands willen macht, sondern aus der nüchternen Erkenntnis, daß Amerika an einem zerrütteten Deutschland, an einem wirtschaftlich zerrütteten Europa kein Interesse haben könne. Mit zerrütteten Ländern kann man kein business, kein Geschäft machen.

Wir überschätzen die Bedeutung des Hoover'schen Vorschlages keineswegs, wie wir ihn auch nicht unterschätzen wollen. Keine Illusionen! Immerhin bedeutet die Durchführung eines Schuldenerjahres für den Reichssekret eine ganz erhebliche Entlastung. Diese Entlastung wird nicht wie die Notenverordnung eine weitere Verkleinerung des Wirtschaftsumfanges zur Folge haben, die freigegebenen Summen werden in die Kanäle des deutschen Wirtschaftslebens einfließen und dort in einem, im Verhältnis zur Krise allerdings kleinen Umfange das Wirtschaftsleben bestärken. Ein Teil dieser Summe wird sich entsprechend der jeweiligen Größe des Lohnanteils in den einzelnen Industriezweigen in Lohn vermindern. 500 Millionen dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt, würde bei einem Lohnanteil von 30% bedeuten, daß sich etwa 160 Millionen Mark in Bauarbeiterlöhne vermindern. Also eine Erhebung der Krise würde noch keineswegs die Folge sein, aber eine kleine Milderung. Und jede, auch die kleinste Wirtschaftsebene begrüßen wir freudig. Der Hoover'sche Vorschlag bringt, und das ist noch wichtiger, eine Stärkung des Vertrauens des Auslandes zu Deutschland. Schon hat die Reichsbank einen Dollarkredit von 420 Millionen Mark bekommen. Eine weitere Kredithilfe in Höhe von 1200 Millionen steht in Aussicht. Diesmal soll es sich um einen wirklich langfristigen Kredit handeln. Die Kreditwürdigkeit Deutschlands in der Welt ist also zurzeit im Ansteigen begriffen. Aber schon melden sich unsere Reaktionsäre, die sich in ihrer Hoffnung auf die schon so sichere deutsche Katastrophe betrogen fühlen. Die völkische „Deutsche Zeitung“ schreibt, „daß der Kredit im höchsten Maße geeignet erscheint, allerhöchsterweise Bestärkungen zu bestatigen“. Aber noch schöner ist, was Josef Oebels, der Berliner Naziführer, in seinem „Angriff“ schreibt: „Nach ein paar Tage, dann hätte die Frage geklaut: Soll Deutschland und mit ihm der gesamte mittel- und westeuropäische Raum im bolschewistischen Chaos versinken, oder bietet sich in der Nachbarnahme durch die NSDAP, eine letzte Möglichkeit, das Ausland vor klare Entscheidungen zu stellen? Diese hoffnungsvollen Aussichten sind für den Augenblick zweifellos vernichtet.“ Die Reaktionsäre beklagen also die Aussicht auf Rettung, haben aber ihre Hoffnung auf die Katastrophe nicht aufgegeben. Übrigens, sinngemäß daselbe schreibt die kommunistische Moskauer „Pravda“. Sie verfluchen die Rettung, weil sie für ihre Pläne das Chaos gebrauchen! — Bei Verwirklichung des Schuldenerjahres und der Kredithilfe

darf angenommen werden, daß die massenhaften Kündigungen ausländischer Kredite der letzten Zeit zurückgenommen werden.

Zur Stunde haben sich — wenn auch unter Bedingungen, die in Betracht kommenden Staaten zu dem Hoover'schen Vorschlag bekann. Unter Ohr lauscht gespannt nach Frankreich, dieser ersten Reparationsmacht, diesem zweiten Land neben Amerika, das über große Goldvorräte verfügt und in der Reparations- und Schuldenfrage das entscheidende Wort führt. Frankreich hat bei dem Hoover'schen Vorschlag den Aufschlag zu geben. Deshalb hat Reichskanzler Dr. Brüning in der Nacht zum 24. Juni in einer viel beachteten Rundfunkrede einen Appell an Frankreich gerichtet und nach einem deutsch-französischen Chequers gerufen. Diese Besprechung französischer und deutscher Staatsmänner ist inzwischen schon gesichert. Hoffen wir, daß es den Weislichen unter den Staatsmännern Frankreichs gelingt, die französischen nationalistischen Kräfte, die von einem Entgegenkommen Frankreichs an Deutschland nichts wissen wollen, zurückzubringen.

Unter Hinweis auf den amerikanischen Vorschlag eines internationalen Moratoriums hat der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem sofortige Besprechungen über die Abänderung der Notenverordnung gewünscht werden. „Nachdem die Reparationsfrage nunmehr wieder aufgerollt ist und das Moratorium, d. h. der Zahlungsaufschub, unmittelbar bevorsteht, bestehe kein Hindernis mehr, die Abänderung der Notenverordnung vorzunehmen. Die werksfähigen Schichten haben bisher die schwersten Opfer für die Finanzianerung gebracht und deshalb einen berechtigten Anspruch darauf, daß ihnen künftig alle Erleichterungen zugute kommen.“ Das Schreiben der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, dessen Sätze wir vollaus unterstützen, ist ein weiterer Schritt in dem

Kampf der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft gegen die Notenverordnung; das Vorgehen der SPD-Fraktion unterfruchtlich wirkungslos die in der Ausschussprüfung des WGB, aufgestellten Forderungen. Durch die weitere günstige welt-politische Wendung gewinnen unsere Forderungen immer mehr an Berechtigung. Schon jetzt zeigt sich deutlich auch für den politisch kurzschichtigen, daß die Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, den Reichstag nicht einzuberufen, die den Sturz der Regierung Brüning, aber auch eine Regierung Jugen-berg-Sißer verhindert hat, richtig gewesen ist. Der Sturz der Brüning-Regierung und die darauf sicher eintretende Staatskrise hätten lediglich zu dem Ergebnis führen können, auch den letzten Rest welt-politischer und wirtschaftlicher Kreditfähig- und -würdigkeit Deutschlands zu vernichten! Niemand hätte Amerika einem von Katastrophopolitikern „regierten“, am Rande des Bürgerkrieges stehenden Deutschland einen Vorschlag machen können, niemals hätte England und niemals hätte Frankreich dem Hoover'schen Vorschlag auf ein reparationsfreies Jahr für Deutschland zustimmen und diesem Deutschland Kredite gehen können. Die Reichsregierung aber möge sich bewußt sein, daß das reparationsfreie Jahr nicht schlechter eingeleitet werden kann als durch Hunger- und Arbeitslosenkravalle. Diese aber werden die Folge sein, wenn nicht die Notenverordnung in kürzester Frist abgeändert wird. Die Regierung muß sich völlig aus den Klauen der Schwerindustrie und Agrarier befreien! Sie muß eine grundlegende Veränderung der Wirtschaftspolitik anbahnen, mit der Möglichkeit weiterer Kreditbeschaffung und langfristiger Anleihen für Reich, Länder und Gemeinden. Durch planvolle Arbeitsbeschaffungspolitik, durch öffentliche Aufträge, durch öffentlichen Wohnungsbau, durch Straßenbau und andere Arbeitsbeschaffungsmassnahmen muß die Regierung, das Wirtschaftsleben fördern. Schluß mit jeder Politik, die nicht die Konsumkraft des ganzen deutschen Volkes hebt!

Kommt die Bierzigstundentwoche?

Unter den ungeheuren Angriffen, die die neue Notenverordnung gegen alles, was Sozialpolitik heißt, enthält, befinden sich auch einige Körneln von Anregungen, die verständnisvoll ausgeführt — für die Arbeiterschaft kleine Vorteile bringen können. Zu diesen Punkten gehört die Bestimmung, daß durch Verordnung der Reichsregierung die regelmäßige Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabgesetzt werden kann und die Zuständigkeit von Mehrarbeit nach den §§ 2 oder 5 der Verordnung über die Arbeitszeit von der Genehmigung bestimmter Behörden abhängig gemacht werden muß.

Wir geben zu: Für die Reichsregierung ist es keine leichte Aufgabe, diesen an und für sich einfach klingenden Teil der Verordnung in die Praxis umzusetzen. Gerade hier zeigt die Verordnung auf starken Widerspruch im Unternehmerlager. Der Baugewerksbund hat schon vor einigen Wochen mit den übrigen baugewerblichen Verbänden in einer Eingabe an die Reichsregierung die Festsetzung der Bierzigstundentwoche gefordert. Er hat auch eine ausführliche Begründung beigelegt. Unseren Kollegen ist der Wortlaut der Eingabe durch den „Grundstein“ bekanntgeworden. Unsere Stellung war also klar vorgezeichnet: Unbedingt auf Durchführung dieser Vorrichtung in der Notenverordnung zu bestehen.

Am 23. Juni hatte das Arbeitsministerium Arbeiter- und Unternehmervertreter eingeladen, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Der Einladung waren sämtliche bau-gewerblichen Verbände gefolgt; auch die Unternehmer waren durch ihre hervorragendsten Namen vertreten. Ministerialdirektor Dr. Sißler wies einleitend darauf hin, daß die Regierung den Standpunkt vertritt, die in der Notenverordnung angekündigte Ermäßigung dürfe nicht auf dem Papier stehen bleiben. Es müsse deshalb versucht werden, möglichst durch eine freiwillige Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern eine Verflüchtigung herbeizuführen. Was irgendeine Möglichkeit wäre, müsse versucht werden. In den nächsten Tagen kämen andere Berufsgruppen in der gleichen Angelegenheit zusammen. Das Baugewerbe müsse durch eine verständnisvolle Aufstellung der Lage anderen gewerkschaftlichen als gutes Beispiel dienen. Er habe das Baugewerbe vor allen Dingen

deshalb als erste Gruppe eingeladen, weil hier eine alte Tarifgemeinschaft bestehe. Er wolle noch darauf hin, daß bei freiwilligen Vereinbarungen die Möglichkeit bestehe, auch Betriebe unter zehn Beschäftigten zu erfassen, was ja in der Notenverordnung ausgeschlossen ist. Die Regierung sei sich klar, daß eine Regelung — ganz gleich, ob durch eine Verordnung, oder durch eine Vereinbarung — keine neue Belastung des Gewerbes bringen dürfe, und auch keine Verteuerung des Bauens eintreten darf. Woraus ergibt sich, so sagte Ministerialdirektor Dr. Sißler wörtlich, daß die Fristen für die Fertigstellung der Bauten nicht verlängert werden dürfen. Wenn wir die Arbeitszeit verkürzen, sehen wir voraus, daß dann ebenso rasch gebaut werden muß. Wir müssen versuchen, Wege zu finden, mehr Arbeitslose zu beschäftigen. Mit gutem Willen werde das möglich sein. Da es sich um alle Industrien handelt, wird sich durch die Verkürzung der Arbeitszeit eine allgemeine Entlastung einstellen, insbesondere werde das auch bei der Erwerbslosenunterstützung zu spüren sein. Die Regierung denke es sich so, daß die einzelnen Arbeiter kürzer beschäftigt werden und durch Mehrleistungen das Arbeitsquantum nicht verringert wird, dabei sei es für die Regierung ganz gleich, ob die tägliche Arbeitszeit begrenzt wird, ob der einzelne Arbeiter nur fünf Tage beschäftigt werden soll oder ob vielleicht die Arbeiter jede sechste Woche beurlaubt werden usw. Welche Wege gegangen werden sollen, ist Sache der Parteien. Ministerialdirektor Dr. Sißler betonte immer wieder: er lege größten Wert auf eine freie Vereinbarung. Auch die Arbeiterfrage und die Akkordarbeit könnten in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden. Im Baugewerbe sind ja die Leberstunden an sich beschränkt. Es dürfe aber nicht etwa so kommen, daß durch die Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit die Leberstunden als Ausgleich benutzt werden. Zur Frage des Lohnausgleiches müsse betont werden, daß das auf dem Wege der freien Vereinbarung zu regeln sei. Machen wir es gesetzlich, dann vermindern sich die Löhne. Der Arbeitseffekt wird vielleicht nicht in demselben Maße abnehmen wie durch die Verkürzung der Arbeitszeit verhältnismäßig erwartet werden müßte. Die Frage ist also zu prüfen, inwieweit ein Lohnausgleich am

Schritte und über die Maßnahmen, die der Bundesvorstand bei der Reichsregierung und im Reichsarbetsministerium unternommen habe, um vor Veröffentlichung der Notverordnung die Zustimmung der Gewerkschaften zur Geltung zu bringen.

In der Aussprache kam die einmütige und scharfe Ablehnung der Notverordnung zum Ausdruck. Es wurden auch die geradezu unerträglichen Eingriffe in das Tarifrecht hervorgehoben, die insbesondere die Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter treffen.

Der Bundesauschuss nahm dann zu der Frage der Schaffung von Lehrlingsordnungen Stellung. Kollege Schlimme berichtete, wie in den größeren und maßgebenden Gewerben die Lehrverhältnisse geregelt sind und gab einen Überblick über den geschlossenen Stand der Lehrlingsordnung sowie über den rechtlichen Stand der Lehrverhältnisse, wo sie durch Tarifverträge geregelt sind.

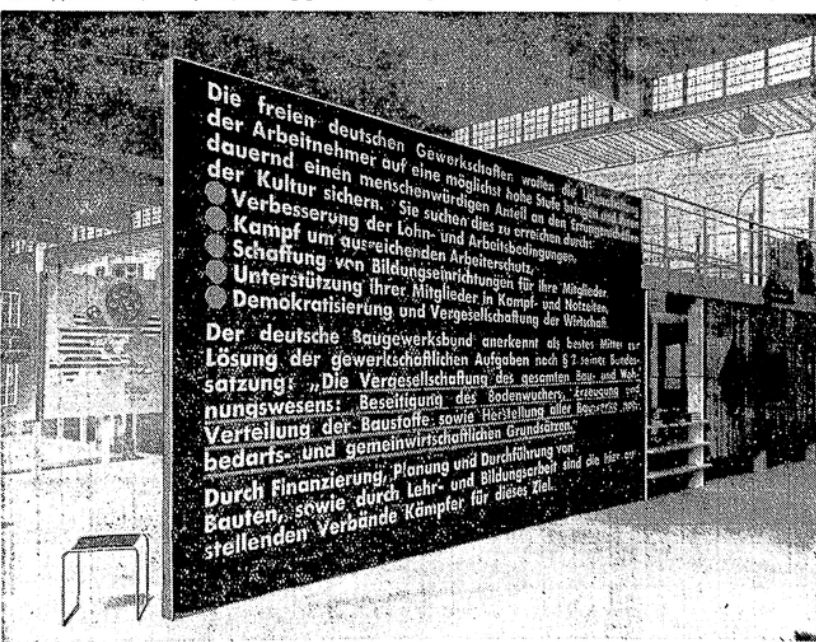
Wie das Proletariat seine Toten ehrt. Der Heimgang unseres verstorbenen Freundes und Kollegen Heinrich Köster gestaltete sich zu einer schlichten aber doch eindringlichen Ehrung des Verstorbenen durch die Breslauer Arbeiterklasse.

Neue Städte in Sowjetrußland. Auf Einladung des Internationalen Kongresses für neues Bauen gelegentlich der Deutschen Bauausstellung in Berlin waren am 5. Juni im großen Saale des Herrenhofes Architekten aus vielen europäischen Ländern und eine Anzahl anderer geladener Gäste zu einem Vortrag versammelt.

Vorschriften, unbeeinträchtigt von Besitzrechten und privaten Interessen, ohne Rücksicht auf irgend welche ihnen vorhandene Stabanlagen kann er seine Städte planen und bauen.

Die Größe der neuen Städte soll also nicht der willkürlichen Entwicklung überlassen bleiben, sondern sie wird von vornherein bestimmt; entsprechend dem Zweck, dem sie dienen, entsprechend der Stellung, die sie in dem Gesamtorganismus der künftigen Sowjetwirtschaft einnehmen soll.

Für Lage und Gestaltung dieser neuen Städte ist im übrigen der jeweilige Zweck maßgebend, Wohnstadt für die Belegschaft einer bestimmten Produktionsstätte zu sein. Ein sehr wesentlicher Gesichtspunkt ist es deshalb, den Weg zur Arbeitsstätte möglichst kurz zu halten, ohne die Wohnstätten durch die Nähe der Arbeitsstätten zu sehr zu beunruhigen.



Eine bemerkenswerte Stelle der Vaugewerksbund-Boje auf der Bauausstellung, Berlin 1931.

In der baustatischen Anlage der einzelnen Quartale liegen die geeigneten Pläne Grundrisse erkennen, die hier und da auch schon in deutschen Städten durchgeführt sind.

Die Entwicklung überlassen bleiben, sondern sie wird von vornherein bestimmt; entsprechend dem Zweck, dem sie dienen, entsprechend der Stellung, die sie in dem Gesamtorganismus der künftigen Sowjetwirtschaft einnehmen soll.

vorzuziehend, so hat der Mieter zu stark gehetzt. Er muß einen neuen Kachelofen kaufen. Was Fenster fragen den Fabrikanten der neuen Ökonomie-Kachel...

Vom Bau

Darmstadt. (Schutz dem arbeitenden Menschen) An der Scheunenausschleife bei Gustavsburg...

Kronach. Kollege Johann Heinlein, beschäftigt bei dem Unternehmer Hans Weeg in Fischbach bei Kronach...

Allgemeine Rundschau

Wilhelm Dack f. Diesmal ist wirklich einer der alten Warden dahingegangen. Kurz nach seinem 85. Geburtstags...

Wie man die Verkürzung der Arbeitszeit nicht durchführen soll. Die Vauktion der Landesbahnanstalt...

„Wege zur Förderung der Bauwirtschaft“ wollte der Wirtschaftsband Niederfachten-Kassel kürzlich zeigen...

Bauzeit, das Frühjahr, schon verstrichen war. Außerdem waren die vielfach politisch beeinflusst. Es gibt bestimmte Kreise, die immer noch glauben, durch die Mietzwangs...

Säumige Beitragszahler verlieren ihre Rechte!

Für die Woche vom 28. Juni bis 4. Juli ist der 27. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

Widerprüfungen, die hauptsächlich nur einem Architekten passieren können, wenn er sich auf politisches Gebiet begeben. — Leider ist auf der Tagung ganz verlesen worden...

Verbandsrat der Maschinenisten und Setzer. Auf der 17. ordentlichen Generalversammlung des Zentralverbandes der Maschinenisten und Setzer waren 86 Delegierte...

Entschließung für Senkung der Mieten. Der am 24. Juni in Dresden verammelte Hauptvorstand der Reichsorganisation Wand Deutscher Mietervereine e. V., Sitz Dresden...

Ein nationaler Vertreter, der Lohnsenkungen vornimmt. Regierungen und politische Körperschaften können sehr wohl auf die Entwicklung des Lebensstandards einwirken...

Submissionsarbeiten. Zwischen Königsbach und Kapellen-Solingenfeld bei Koblenz waren Arbeiten zur Veränderung der Straßenübergänge über die Staatsbahn...

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Aufforderung. Kollege Karl Herdt, geboren am 13. Dezember 1909 in Gießen, eingetretten am 15. August 1927...

Otto Riemann, geboren am Insel Rügen, wird gesucht. Riemann befindet sich zurzeit auf Meisen. Baugewerkschaften und Kollegen...

Vauabend Nr. 16, „Vom Studegger“, ist erschienen. Für Bundesmitglieder kostet es 20 J, für Nichtmitglieder 30 J je Stück...

Gedächtnisliste verstorbener Mitglieder.

- Nachn. Karl Schauerle, Dachdecker, 50 Jahre alt. (Haffenburg, Oberbessenbach) Jos. Sauer, Steinb., 55. Bamberg (Gaußstadt) Martin Rief, Maurer, 35 Jahre alt. Burg/M. Otto Specht, Maurer, 71 Jahre alt. Burgf. Gustav Gelpel, Maurer, 62 Jahre alt. Darmstadt. Heinrich Wagner, Hilfsarbeiter, 71 Jahre. Dresden. Louis, Erdmann Jäger, Ofenheizer, 68 Jahre. (Köhlgenbröden) Paul Gustav Nunnig, Hilfsarb., 50. Duderstadt. Karl Tende, Hilfsarbeiter, 41 Jahre alt. Essen. Alex Krätz, Maurer, 29 Jahre alt. Gießen. Erich Wüstenberg, Maurer, 20 Jahre alt. Gießen. Friedrich Stolle, Arbeiter, 64 Jahre alt. Hamburg. Arnold Böhne, Maurer, 24 Jahre alt. Alfred Boldt, Maurer, 30 Jahre alt. Wilhelm Czudaczek, Hilfsarbeiter, 69 Jahre alt. Johann Gnaud, Steinträger, 71 Jahre alt. Walter Jung, Maurerlehrling, 71 Jahre alt. O. Knorr, Stukkateur, 76 Jahre alt. Wilhelm Lehmann, Maurer, 53 Jahre alt. Max Liewald, Maurer, 57 Jahre alt. Wilhelm Lühring, Erdarbeiter, 29 Jahre alt. Johann Ohge, Stukkateur, 46 Jahre alt. J. Pegel, Rammer, 64 Jahre alt. Ernst Post, Hilfsarbeiter, 47 Jahre alt. Johann Rook, Hilfsarbeiter, 61 Jahre alt. Otto Schrader, Hilfsarbeiter, 51 Jahre alt. Fritz Stein, Hilfsarbeiter, 45 Jahre alt. A. Voigt, Maurer, 57 Jahre alt. Krefeld. Thomas Igl, Maurer, 59 Jahre alt. Leipzig (Eilenburg). Hermann Heßling, M., 60 J. Epa. (Johannisburg). Fritz Kerschke, Hilfsarb., 35 J. Meissen. Clemens Schumann, Maurer, 79 Jahre alt. Mühlheim. Rühr. Karl Gödden, Maurer, 24 J. alt. (München. Jöndhausen). Mich. Danner, Hilfsarb., 62 J. (Ru.). Mathias Friedl, Hilfsarbeiter, 63 Jahre alt. Neubrandenburg. Richard Quandt, Glaser, 46 Jahre. Neustadt. (Hollt). Carl Steen, Maurer, 26 Jahre alt. Sonneberg. Gustav Fischer, Pulver, 61 Jahre alt. Stuttgart. (Hohr a. F.) Paul Baumann, Maurer, 53 J. (Willingen). Otto Fellgebel, Hölzerer, 59 Jahre. (Remlingen). Jakob Schmid, Steinhauber, 57 Jahre. (Waldenbuch). Paul Seeger, Maurer, 49 Jahre alt. (Musb. B.). Wilhelm Wild, Maurer, 40 Jahre alt. Waldenburg Schl. Ambrosius Neumann, 61 J. Wuppertal-Barmen. Fritz Bendfeld, Glaser, 25 J. Ehre ihrem Andenken!

Richard Ludwig, Dichter, geboren am 10. April 1878, wird...

Baugemeinschaft Auerbach 1. O. Unter Büro in Auerbach 1. O., Ackerstr. 19, ist täglich geöffnet...

Baugemeinschaft Leipzig. Fachgruppe der Dachdecker. Erste Fachgruppenversammlung...

Bücher u. Schriften

Die Arbeitslosenversicherung der Baugewerbetreibenden und Heimarbeit...

Das Tarifrecht auf der Grundlage der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts...

Sauferer. Ein gesellschaftskritischer Roman von Franz Jung...

Zwischen die Lebermann. Von Julius Wagner. Mit vielen Tafeln...

Die Arbeiterverhältnisse gelund werden und bleiben. Von Dr. med. J. Behr...

Familie Barck. Roman in zwei Bänden von Karl Schöber...

Mittag im Gewerkschaft. Macht und Mensch. Rollen und Mieten...

Wolfspapier. Richtlinien für den Einkauf. Bestellnummern...

Die Arbeiterverhältnisse gelund werden und bleiben. Von Dr. med. J. Behr...

Josef Witt, Weiden Oberpf. Größtes Webwaren-Spezialvertriebshaus der Art Europas...

Gelbe Raucherzähne

Manch langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne...

Wer kauft ist, kauft bei Uhren-Klöse! Retikelpreis nur 2.50 RM.

Original M. Mosberg Die beste Kleidung i. Bauhandwerker...

Das Bundesmitgliedsbuch gehört in die Buchtasche Zu haben bei den Baugewerkschaftsvorständen.

Neue Gänsefedern von der Gans gerupft mit Daunen, dopp. gereinigt...

Louis Mosberg in Berufskleidung und Werkzeugen...

Blutreinigungskuren

solte jeder Mensch, der seine Gesundheit liebt, von Zeit zu Zeit durchführen...

Schmale Teakholz Wasserragen

Das Beste! Garantie für Genauigkeit! Schmale Gläser in Metall gefasst...

Einmachgläser nur Breuer's Salizyl-Pergament...

Maurehosentisch für Einmachgläser...

Ischlas, Gicht- und Rheumatisches-muskranke...

Zur Gesichts-Bräunung aber auch zur Bräunung des ganzen Körpers...

Arcona Räder Stern-Räder die Präzisionsmarken...

Ernst Machnow, Berlin 68 Größtes Fahrradhaus Deutschlands...

700 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren

Find im letzten Jahre bei mir eingetroffen! 900 000 Nachbestellungen...

Der natürlichste Beweis der Güte und Mäßigkeit. Ich ermahne auch Ihre Bestellung...

Bei Bestellung von M. 15.- an erhalten Sie auf diese Preise noch 5 Prozent Rabatt...

Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch 1 brandbare schaldecke mit kleinen unscheinbaren Fehlern.

Table with 4 columns: No., Stoff, Breite, Preis. Includes items like Weißes Hemdentuch, Vorhangsstoff, Handtücher, etc.

Ungeheurer vorteilhaft! Weißes Hemdentuch, 21...

Josef Witt, Weiden 54 Oberpf. Webwaren - Fabrication - Ausrüstung - Verlanb...